

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2008



## Mit Robin Hood auf Reichenhatz

Eine Gestalt des englischen Mittelalters reitet durch das Europa des frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts: Robin Hood ist wieder unterwegs! Nicht durch dichte Wälder, nicht zu Pferde und nicht von den reichen Grundbesitzern zu den armen Tagelöhnern. Heutzutage soll von den Energiekonzernen zu den Verbrauchern umverteilt werden. Formal mit einem ordentlich beratenen und korrekt verabschiedeten Gesetz. In der Sache an nichts anderem orientiert als an dem, was Regierungen und Parlamente unter Gerechtigkeit verstehen. Ebenso hat es der legendäre Rebell gehalten – daher der in der Ökonomie gängige Begriff der Robin-Hood-Steuer.

Anlass für die durch Europa geisternde Sondersteuer sind die in der Tat hohen Markttagelgewinne, die eine Reihe von Energiekonzernen in ihren Monats- oder Vierteljahresberichten ausweisen. Solche Berichte stehen, jedenfalls für viele Politiker, in schwer erträglichem Gegensatz zum realen Kaufkraftverlust, den die Masse der Energieverbraucher hinzunehmen hat: sei es für Strom, sei es für Heizungöl für den kommenden Winter, sei es an der Tankstelle. Da liegt es für den Durchschnittspolitiker nahe, an einen „gerechten Ausgleich“ zu denken, etwa in der Form einer Sondersteuer auf Gewinne der Energieanbieter und einer sozial motivierten Zahlung an die Bezieher niedriger oder durchschnittlicher Einkommen.

Doch auch hier gilt die Erfahrungsregel: Das Gegenteil von gut ist gutgemeint. Die hohen Gewinne mancher Energieanbieter sind auch ein Anreiz für neue Produktions- oder Verarbeitungskapazitäten in der Branche. Das heißt: Der hohe Preis von heute löst eine Tendenz zur Ausweitung des Angebots von morgen aus. Auch die Bäume des Knappheitsgewinns wachsen nicht in den Himmel. Robin Hood ist nicht das geeignete Vorbild, das zu Investitionen und größeren Angebotskapazitäten ermuntert. Das sollten die Politiker bedenken, die sich nun auf das Pferd des englischen Rebellen schwingen wollen.

Hans D. Barbier

## WTO-Gespräche liegen auf Eis

Ein Ziel der vor sieben Jahren begonnenen sogenannten Doha-Handelsrunde war die Reduzierung von verzerrenden landwirtschaftlichen Subventionen und Zöllen. Die Gespräche darüber in der Welthandelsorganisation (WTO) sind am 30. Juli 2008 ergebnislos abgebrochen worden.

Vor allem die USA, Indien und China konnten sich nicht einigen. Indien hatte beispielsweise gefordert, dass es Entwicklungsländern erlaubt sein müsse, Schutzzölle in Höhe von 25 bis 30 Prozent auf Agrarimporte zu erheben, wenn diese Importe über einen bestimmten Schwellenwert steigen. Die USA lehnten das ab, weil angesichts der globalen Nahrungsmittelkrise keine zusätzlichen Hürden für den Handel mit Lebensmitteln errichtet werden dürften. Beobachter rechnen nicht damit, dass die Verhandlungen vor dem Sommer 2009 wieder aufgenommen werden, weil im November 2008 in den USA und im Frühjahr 2009 in Indien Präsidentschaftswahlen anstehen.

Für viele Regierungen könnten nun bilaterale Abkommen attraktiv werden. Zwei Länder können sich schneller auf gegenseitige Handelserleichterungen einigen als 152 WTO-Mitglieder. In der WTO gilt das Einstimmigkeitsprinzip: damit ein

Abkommen in Kraft treten kann, müssen alle WTO-Mitglieder zustimmen. Seit 1948 wurden fast 400 Handelsabkommen registriert, die seit 1995 nicht nur Waren, sondern auch Dienstleistungen betreffen.

Die Nachteile des Bilateralismus: Durch vielzählige bilateral geschlossene Verträge steigen die Bürokratiekosten, und Dritte sind von den vereinbarten Handelserleichterungen ausgeschlossen.

## Mehr Geld für Kinder und Jugendliche

Taschengeld, Geldgeschenke und Jobs machen es möglich: Kinder und Jugendliche werden in diesem Jahr 23,1 Milliarden € einnehmen. Diese Summe entspricht dem Jahresbudget der rund 145 000 Kassenärzte und Psychotherapeuten in Deutschland oder den gezahlten Hartz-IV-Leistungen des Jahres 2007.

Die Altersgruppe der 6- bis 19-Jährigen hat 2008 rund zwei Milliarden € mehr zur

### Taschengeld und Co.

Jahreseinnahmen der 6- bis 19-Jährigen 2008 in Milliarden €

regelmäßiges Nettogehalt	11,2
regelmäßiges Taschengeld	5,0
Jobs/Nebentätigkeiten	2,7
Geldgeschenke	2,1
Zuschüsse von Eltern	1,6
Sonstiges	0,5
Gesamt	23,1

Quelle: Iconkids & Youth

Verfügung als junge Befragte im Jahr 2006 – eine Steigerung um fast zehn Prozent. Die Studie gibt auch Auskunft über die voraussichtliche Verwendung der Milliarden: Knapp 4,5 Milliarden € werden für Kleidung und Modeartikel ausgegeben, 2,2 Milliarden € sind für's Mobiltelefon eingeplant und je 1,2 Milliarden € dürften in die Kassen von Schnellrestaurants und Kosmetikabteilungen fließen.

Doch es wird nicht nur Geld ausgegeben, sondern auch gespart: 2,2 Milliarden € wandern der Umfrage zufolge ins Sparschwein.

[www.iconkids.com](http://www.iconkids.com)

### **Sinkende Ausgaben für die Bildung**

In Deutschland sinkt der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 1995 langsam, aber stetig. Im internationalen Vergleich liegt die Bundesrepublik inzwischen unter dem Durchschnitt aller OECD-Staaten. Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2006 nur noch 6,2 Prozent des BIP für Bildung ausgegeben. 2005 waren 6,3 Prozent, 1995 sogar 6,9 Prozent des BIP für Bildung vorgesehen.

Informationen über die Bildungsfinanzierung liegen den Statistikern bislang nur für das Jahr 2005 vor: Damals wurden die Bildungsausgaben zu gut 76 Prozent aus den öffentlichen Haushalten – acht Prozent vom Bund, 51 Prozent von den Bundesländern und 17 Prozent von den Kommunen – und zu rund 24 Prozent vom privaten Bereich und dem Ausland finanziert.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## **Globalisierung und Mindeststandards**

**Theoretisch funktioniert die Globalisierung bestechend einfach: Weltweiter Wettbewerb und grenzüberschreitender Handel führen zu mehr Wohlstand bei allen Beteiligten. Zahlen internationaler Organisationen können diese Wirkung belegen.**

Der Welthandel hat sich seit 1990 fast verdreifacht. In Geld gemessen wurden im Jahr 2006 weltweit Waren für 12 Billionen US-Dollar gehandelt. Infolge der wachsenden Weltwirtschaft konnten sich in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren 130 Millionen Menschen aus extremer Armut befreien. Die Kindersterblichkeit ist stark gesunken, und auch andere Daten – zum Beispiel die Lebenserwartung – haben sich verbessert.

Also ist alles gut? Leider nicht, denn laut Weltbank müssen 2,5 Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar am Tag leben, und die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass fast ebenso viele Menschen ohne gesundheitliche Grundversorgung auskommen müssen. Woraus resultiert die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis?

### **Kostendenken in der Wirtschaftspolitik**

Niedrige Löhne und Verzicht auf soziale Leistungen gelten für manchen Unternehmer und Politiker als Standortvorteil, weil dadurch kostengünstiger produziert werden kann. Wohl deshalb sehen Politiker betriebswirtschaftliches Kostendenken als moderne Wirtschaftspolitik an. Der Versuch der Politiker, möglichst viele Unternehmen ins Land zu holen, resultiert dann in Produktionsbedingungen, die zu ruhmlosem Dumpingwettbewerb

führen. Viele Menschen fürchten, bei diesem Wettbewerb einer Spirale nach unten ausgesetzt zu sein, in der sie lediglich als Kostenfaktoren zählen, ihre individuellen Rechte jedoch missachtet werden.

Ein besonders bedrückendes Beispiel ist Kinderarbeit. Zwar ist nach den aktuellen Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation die Zahl der arbeitenden Kinder gesunken, aber immer noch müssen sich 218 Millionen Kinder verausgaben. Etwa 126 Millionen Kinder arbeiten unter Bedingungen, die unter körperlichen (Bergbau, Landwirtschaft) oder seelischen Aspekten (besonders skandalös im Sexgewerbe) nicht hingenommen werden können. Solche „Erwerbstätigkeit“ ist bei den 5- bis 14-Jährigen in den Regionen Asien und Pazifik (19 Prozent) und in Afrika südlich der Sahara (26 Prozent) besonders hoch.

### **Internationale Regeln für menschenwürdige Arbeit**

Kinderarbeit verstößt gegen Regeln, die bereits vor neunzig Jahren vereinbart wurden. Die 1919 gegründete Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, kurz: ILO) ist die – für inzwischen fast weltweit geltende Arbeits- und Sozialstandards – zuständige Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Die ILO ist seit 1946 Bestandteil der Vereinten Natio-

nen, rechtlich und organisatorisch aber selbständig. Ihr gehören inzwischen 182 Staaten an, die durch Repräsentanten der Regierungen, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber vertreten sind. Hauptziele der ILO sind die soziale und faire Gestaltung der Globalisierung sowie menschenwürdige Arbeit als zentrale Voraussetzung zur Armutsbekämpfung. Einen besonderen Stellenwert nimmt das ILO-Programm zur Abschaffung der Kinderarbeit ein. Die ILO bemüht sich außerdem in vielen Ländern, den Dialog zwischen den Sozialpartnern – Regierung, Arbeitgeber, Gewerkschaften – zu verbessern, um einen breiten Konsens zwischen den Interessengruppen zu finden.

Zentral ist die Erklärung der ILO über „Grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ aus dem Jahr 1998. Darin werden vier Bereiche geregelt, die auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet werden:

- Verbot der Kinderarbeit
- Verbot der Zwangsarbeit
- Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen
- Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

Die ILO-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die Kernarbeitsnormen anzuwenden sowie Fortschritte regelmäßig zu prüfen und zu dokumentieren. Im Gegensatz zu anderen ILO-Normen gilt diese Verpflichtung allein aufgrund der Mitglied-



„Die neuen globalen Herausforderungen verlangen eine international abgestimmte Antwort. Nationale Alleingänge führen in unserer verflochtenen Welt immer seltener zum Ziel.“

Angela Merkel

schaft in der ILO, unabhängig von einer Ratifizierung in den einzelnen Ländern.

## Menschenrechte und Sozialpakt

Insbesondere seit Ende des Zweiten Weltkriegs sind von der internationalen Staatengemeinschaft globale Regeln weiterentwickelt worden. Eine grundlegende Entscheidung in der Nachkriegszeit war die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ durch die Vereinten Nationen im Jahr 1948. In der Präambel heißt es, dass neben Rede- und Glaubensfreiheit „die Freiheit von Furcht und Not“ das höchste Streben der Menschen ist.

Die Menschenrechtserklärung ist Grundlage für weitere Konventionen, die auf den Schutz sozialer Grundrechte abzielen. Dazu zählt der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ – als UN-Sozialpakt bekannt –, der 1966 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde und 1976 in Kraft getreten ist. Die Vertragsstaaten verpflichten sich darin, das Recht auf Arbeit, auf gerechte und zumutbare Arbeitsbedingungen, auf Bildung von Gewerkschaften sowie auf soziale Sicherheit zu schützen. Der Sozialpakt wurde bislang von 158 der 192 UN-Mitgliedstaaten ratifiziert.

## Fehlende rechtliche Durchsetzbarkeit

Diese knappe Auflistung zeigt, dass es nicht an formalen Normen fehlt. Wie kommt es, dass verbindliche Regeln trotzdem missachtet werden? Es fehlt eine internationale Gerichtsbarkeit, vor der die Einhaltung der

Regeln einklagbar wäre. Ebenso existiert keine internationale Instanz, die legitimiert wäre, einen Schiedsspruch in einzelnen Staaten durchzusetzen.

Die ILO-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, jährlich über ihre Aktivitäten zur Durchsetzung der Regeln zu berichten. Aus diesen Einzelberichten erstellt der Generaldirektor der ILO einen Gesamtbericht, der die weltweite Situation wiedergibt. Regierungen sind zudem befugt, gegen die vermutete Verletzung eines ratifizierten Übereinkommens Beschwerde zu führen.

Ähnlich verhält es sich beim UN-Sozialpakt: Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten müssen alle fünf Jahre einen Bericht bei den Vereinten Nationen abgeben. In den Berichten sind Maßnahmen und Fortschritte aufgelistet, die hinsichtlich der Beachtung der im Pakt anerkannten Rechte erzielt wurden. Falls nötig, formuliert der Wirtschafts- und Sozialrat Empfehlungen zur Verbesserung der Situation. Zusätzlich erhält der Wirtschafts- und Sozialrat sogenannte Schattenberichte, in denen Nichtregierungsorganisationen ihre Sicht darlegen.

Doch ob ILO-Regeln oder UN-Sozialpakt: Bei Verletzung der Normen drohen keine ernsthaften rechtlichen Konsequenzen. Letztlich existiert als Sanktion allein der internationale Imageverlust eines Landes oder eines Unternehmens durch publik gemachte Regelverstöße.

## Der Verbraucherwille ist entscheidend

In der Vergangenheit hat das öffentliche „An-den-Pranger-

stellen“ von Regierungen oder Unternehmen die Verantwortlichen zu Verhaltensänderungen veranlasst. Insbesondere die Sportartikel- und Textilindustrie ist in den letzten Jahren immer wieder in den Schlagzeilen gewesen, weil Sportschuhe, Fußbälle oder Trikots von Kindern hergestellt wurden.

Erst das kritische Kaufverhalten oder der Boykott von Verbrauchern haben beispielsweise Unternehmen und Branchen veranlasst, freiwillige Verpflichtungen zu formulieren und Kriterien aufzustellen, die menschenwürdige Produktionsbedingungen garantieren. Kontrollen – sowohl unternehmens- und brancheneigene als auch unabhängige – sollen die Einhaltung der Kriterien garantieren. Zusätzlich werden Gütesiegel geschaffen, durch die Kunden Gewissheit haben, dass das gekaufte Produkt auf für alle Beteiligten erträgliche Art und Weise hergestellt wurde. Ein Beispiel ist das Siegel „Rugmark“, das den Verzicht von Kinderarbeit bei der Teppichproduktion garantiert.

## Transparenz und Freiwilligkeit

Es gibt keinen Königsweg, um Missstände im Fahrwasser der Globalisierung zu unterbinden. In einer von vielfältigen Interessen gekennzeichneten Welt sind Verbesserungen nur Schritt für Schritt erreichbar, wie die vergangenen Jahrzehnte zeigen. Ein großer Fortschritt wäre, wenn international beschlossene Normen auch Eingang in nationales Recht fänden. Dann wären sie vor nationalen Gerichten einklagbar, wie es in westlichen Industrie-

ländern oft möglich ist. Doch besonders in unterentwickelten, armen Staaten sind Gesetzgebung und Verwaltung selten leistungsfähig genug, um die Einhaltung der Normen garantieren zu können.

Hinzu kommt: Entwicklungsländer stehen der Forderung nach höheren Sozialstandards oft ablehnend gegenüber. Sie vermuten protektionistische Absichten der Industrienationen, die durch höhere Sozialstandards die Produkte der Entwicklungsländer verteuern und damit deren Wettbewerbsfähigkeit mindern wollen.

Unmittelbarer Konsumentendruck kann wohl am ehesten die Einhaltung von Standards bewirken. Gütesiegel können dabei unterstützend wirken. Allerdings reagieren Konsumenten beim Kauf nicht ausschließlich auf moralische Ansprache, sondern auch auf Preise.

Die freiwillige Selbstbindung von Unternehmen ist eine sinnvolle Ergänzung der Konsumentensouveränität.

Unternehmen, die sich nach Kriterien prüfen und zertifizieren lassen, signalisieren soziales Verantwortungsbewusstsein und entkräften den Vorwurf, nach moralisch verwerflichen Methoden zu produzieren.

Es passt in eine freiheitliche Welt- und Wirtschaftsordnung, wenn Produzenten und Verbraucher eigenständig die Initiative ergreifen und sich um die Beseitigung von Fehlentwicklungen – auch ohne internationale Sozialbürokratie – bemühen.

Berthold Barth  
Andreas Schirmer



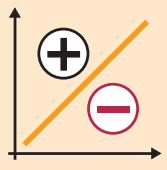
„Vom Arbeitsmarkt gehen derzeit – wenngleich abgeschwächt – weiterhin positive Impulse auf die konjunkturelle Entwicklung aus.“

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

## IM KLARTEXT

August 2008

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im August 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung +

Mit Beginn der Sommerferien im Juli waren 50 000 Menschen mehr arbeitslos: Die Vermittler der Bundesagentur für Arbeit (BA) zählten 3,2 Millionen Arbeitslose. Gegenüber dem Vorjahr waren allerdings 505 000 Menschen weniger arbeitslos.

Die Zunahme der Arbeitslosenzahl im Sommer ist laut Bundesagentur für Arbeit ausschließlich jahreszeitlich bedingt. Üblicherweise melden sich in dieser Jahreszeit viele Jugendliche nach Schul- oder Ausbildungsende arbeits-

los, die im Herbst üblicherweise eine Beschäftigung finden werden.

### Eigenverantwortung -

Das Zahlungsverhalten der deutschen Unternehmen hat sich im zweiten Quartal 2008 erneut verschlechtert: 28 Prozent der Rechnungen wurden nicht pünktlich bezahlt, ein Prozentpunkt mehr als im Quartal zuvor. Bereits in der ersten drei Monaten des Jahres 2008 war die Zahlungsmoral gesunken. Auslöser für die Verschlechterung ist die – von der Politik zunächst wenig beachtete – Kreditkrise zu Jahresbeginn. Infolge der Krise verlangen die Banken für Kredite mehr Sicherheiten von den Unternehmen. Können die Anforderungen der Bank nicht erfüllt werden, verschleppen die Unternehmen die Zahlung ihrer Rechnungen und nutzen das Geld stattdessen zur kurzfristigen Finanzierung.

Zu spät bezahlte Rechnungen verursachen Schäden in Milliardenhöhe. Eine schlechte Zahlungsmoral ist nach den Erfahrungen des Wirtschaftsinformationsdienstes D&B häufig

### Zahlungsmoral

Anteil der pünktlichen Zahlungen

Juni 2006	67,3 %
Dezember 2006	67,8 %
Juni 2007	69,0 %
Dezember 2007	74,0 %
Juni 2008	72,2 %

Quelle: D&B Deutschland

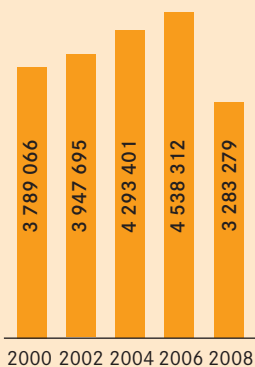
die Vorstufe zur Insolvenz. Für ein marktwirtschaftliches System, das auf Vertrauen basiert, ist das problematisch: Wer soll Vereinbartes pünktlich liefern, wenn das Gelieferte nur verzögert oder nicht bezahlt wird?

### Geldwertstabilität -

Das Geldvermögen der Bundesbürger ist gesunken. Obwohl sie mit 45,5 Milliarden € im ersten Quartal 2008 mehr denn je sparten, verringerte sich das in Versicherungen, Aktien, Anleihen, sowie auf Giro- und Tagesgeldkonten angelegte Ersparnis um 38 Milliarden € auf 4,525 Billionen €. Damit haben die internationalen Finanzmarkturbulenzen die deutschen Sparer bislang 83,5 Milliarden € gekostet.

Das Deutsche Aktieninstitut stellt fest: Im ersten Halbjahr 2008 ist die Zahl der Aktionäre und Aktienfondsbesitzer gegenüber dem Jahresdurchschnitt des vergangenen Jahres um 483 000 auf nunmehr 9,8 Millionen deutlich gesunken. Wie schon im zweiten Halbjahr 2007 hat sich bei den Anlegern der Trend fortgesetzt, aus dem direkten Aktienbesitz auszusteigen. Wenig überraschend: Um den Wert des Ersparten zu sichern, werden risikoärmere Geldanlagen bevorzugt.

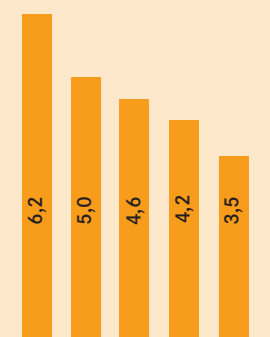
### Arbeitslose



jeweils Mai  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Aktionäre

Direkte Aktionäre in Millionen



\* 1. Halbjahr  
Quelle: Deutsches Aktieninstitut

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: CDU (innen), BMWi  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*